



Die Polizei ist am Limit – Wir brauchen dringend Verstärkung

Von Rüdiger Seidenspinner, GdP-Landesvorsitzender

In den vergangenen Jahren wurde die Polizei bundesweit durch Stellenstreichungen abgestraft. Wofür? Weil wir unsere Arbeit gut gemacht haben? Weil wir versucht haben, alle Probleme zu lösen und nicht nur zu zerreden?

Einsparpotenzial zur Sanierung der Haushalte

Nein, der öffentliche Dienst und damit auch wir sind ein Einsparpotenzial und die innere Sicherheit ist leider nicht in den Köpfen der verantwortlichen Politiker zu Hause, sondern oftmals auf den Taschenrechnern der Finanzler.

Die Probleme, die wir heute haben, waren auch in Baden-Württemberg von langer Hand vorbereitet: Streichung von 1000 Stellen bei der Polizei und Einstellungszahlen i. H. v. 150 pro Jahr lassen grüßen.

Dies alles wurde gegen den Rat der Gewerkschaft der Polizei getan und heute zahlen wir die Zeche.

Die damaligen Verantwortlichen, die gestrichen haben, stellen sich heute hin und fordern mehr Einstellungen – wie wir auch –, aber wir wissen genau, dass eine Ausbildung bei der Polizei nun mal dauert und erst in der Zukunft Wirkung zeigt und uns jetzt, sofort, nichts hilft.

Wir brauchen Soforthilfe

Wir brauchen aber Soforthilfe und zwar ganz schnell, sonst kippen unsere Kolleginnen und Kollegen reihenweise aus den Latschen.

Wir brauchen Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamtinnen und -beamte, die uns in der Administration unterstützen und entlasten können. Allerdings sollten sie ordentlich bezahlt werden, denn sonst bekommen wir niemanden.

Weg mit nicht notwendigen Tätigkeiten

Wir müssen sehr genau überprüfen, ob es nicht Tätigkeiten gibt, die wir eine Zeit lang auf Eis legen könnten,



wie z. B.: Statistiken, Berichtswesen, Normerfüllung von Zielvorgaben und und und.

Da käme bestimmt einiges zusammen. Vielleicht besteht auch die Gefahr, dass wir länger oder ganz auf das eine oder andere verzichten könnten, weil es gar nicht so wichtig ist.

Neue und zusätzliche Stellen

Nun sollen 218 neue Stellen im Nichtvollzug geschaffen werden. Das ist gut, aber verdammt wenig, wenn die Stellen auf alle Präsidien oder gar Reviere verteilen werden.

Vielleicht gibt es ja Personal, auf welches sehr schnell zugegriffen werden könnte. Die Notariate sollen privatisiert werden. Dort sitzen ca. 600 Tarifbeschäftigte, die zurzeit um ihren Arbeitsplatz bangen und Angst haben, ihn zu verlieren. Da wären sicher gute Leute dabei, die mit Gesetzen und Verordnungen umgehen können.

Alle 600 für die Polizei? Das wäre zwar gut, aber nicht nur die Polizei hat Personalprobleme, sondern auch die Justiz und andere Landesbehörden, zum Beispiel die, die für die Flüchtlinge zuständig sind.

Nicht nur bei uns fehlt Personal

Wir brauchen auch mehr Staatsanwälte und Richter, denn das von der

Polizei Erarbeitete muss auch abgearbeitet werden.

Es ist ein Teufelskreis!

Bessere Ausstattung und Vergütung

Gleichzeitige brauchen wir auch eine bessere Ausstattung, weil die Rechenkünste von einem Einsatzanzug und einem Helm für drei Beamtinnen und Beamte schon, als sie ins Leben gerufen wurden, nicht funktionierten und auch heute nicht funktionieren, auch wenn das Verhältnis aufgrund der Maßnahmen der damaligen PPen und PDen besser geworden ist. Wir müssen für den operativen Bereich wieder zur Eins-zu-eins-Ausstattung zurückkommen.

Ebenso brauchen wir endlich eine anständige Vergütung für die sogenannten „Ungünstigen Zeiten“, an denen wir arbeiten. Anständig bedeutet Industrieniveau – nicht mehr und weniger.

Das alles fordern wir schon lange

So manch einer geht hin und sagt, wir würden jetzt für unsere Forderungen nur die Zeit ausnutzen. Falsch, kann ich da nur sagen, denn das alles fordern wir schon lange, nur bisher wurde trotz unserer berechtigten Forderungen nur auf unserem Rücken eingespart! Und was man vom Sparen hat, merkt man schnell, wenn eine Inflation kommt; und in genau der befinden wir uns personell jetzt schon. Wer meint, dass dies irgendwann besser wird, glaubt es wohl selbst nicht. Ich behaupte, es wird eher noch schlimmer, denn unsere älteren Kollegen gehen irgendwann nach über 40 Dienstjahren in Pension und die zugesagten, versprochenen, oder in Aussicht gestellten zusätzlichen Ausbildungsstellen sind erst in vier Jahren für die Reviere und Einsetzungseinheiten greifbar.

Jetzt muss Geld in die Hand genommen werden für alles, was uns hilft und sofort machbar ist.



AUS DER REDAKTION

Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal oder in der GdPdigi@l veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden. In dringenden Fällen erreicht Ihr uns auch unter der Telefonnr. 0 15 25/3 45 43 84.

Der Redaktionsschluss für die Februarausgabe 2016 des Landesjournal Baden-Württemberg war aufgrund des Jahreswechsel bereits am Mittwoch, dem 29. Dezember 2015. Für die Märzangabe 2016 ist er am Freitag, dem 29. Januar 2016.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden. Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Word-Texten ohne Fotos. Diese bitte separat versenden.

Wolfgang Kircher

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: Info@gdp-service.com

Redaktion:

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)
Schwalbenweg 23
71139 Ehningen
privat: (0 70 34) 76 83
Mobil: (0 15 25) 3 45 43 84
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016.
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

AUS DEN BEZIRKS- UND KREISGRUPPEN

GdP-Bezirksgruppe Offenburg geht auf die Straße und fordert mehr Personal für Mittelbaden

Am Samstag, dem 14. 11. 2015, waren rund 300 Teilnehmer dem Aufruf der GdP-Bezirksgruppe Offenburg mit dem Motto „Mehr Personal für Mittelbaden“ zu einer Abschlusskundgebung mit einer anschließenden Demonstration durch die Offener Innenstadt gefolgt.



Die Demonstrationsteilnehmer fordern mehr Polizei für Mittelbaden.

Bereits in den Wochen zuvor wurden in den Fußgängerzonen verschiedener Städte in Mittel-

baden mit einem Informationsstand die Bürgerinnen und Bürger der Region durch zahlreiche Bürgergespräche auf unsere Personalmisere in Mittelbaden hingewiesen und informiert.

Der Bezirksgruppenvorsitzende Reinhard Grußbeck begrüßte die Teilnehmer und wies erneut auf die Personalmisere in Mittelbaden hin. Die Belastungen der Kolleginnen und Kollegen vor Ort sind in den letzten Jahren in allen Bereichen deutlich gestiegen – und das bei einer nicht unerheblichen Personalreduzierung.

Grußbeck forderte zum wiederholten Male eine an der tatsächlichen Belastung orientierten Personalverteilung im Land, auch unter Berücksichtigung der strukturellen Gegebenheiten wie z. B. die Grenze zu Frankreich und dem Ballungsgebiet Straßburg/Kehl.

Außerdem wurde die Schaffung von mindestens zusätzlichen 1000 Stellen landesweit gefordert, die in der Vergangenheit bei der Polizei abgebaut wurden.

Auch unser Landesvorsitzender Rüdiger Seidenspinner erläuterte in seiner Rede zum Abschluss der Veranstaltung die Personalentwicklung und derzeitige Personalsituation im Land. „Zur Zeit sind wir dabei, einen Mangel zu verwalten, der nicht von heute auf morgen aufgetreten ist“, so Seidenspinner.

Bislang konnten zudem rund 2000 Bürger- und Kollegenunterschriften gesammelt werden, die diese Forde-

rungen unterstützen. Die Unterschriftenlisten werden demnächst dem Innenministerium in Stuttgart übergeben.

Reinhard Grußbeck,
Vorsitzender GdP-Bezirksgruppe
Offenburg

**AUS DER MITGLIEDER-
VERWALTUNG**

Eintritt in den Ruhestand

Liebe GdP-Mitglieder,

teilt bitte der GdP-Geschäftsstelle mit, wenn ihr in Ruhestand bzw. Rente geht, da wir nicht wissen, ob ihr regulär geht oder eure Dienstzeit verlängert. Ebenso bitten wir um Mitteilung, wenn ihr vorzeitig eure Dienstzeit beendet. Eine kurze E-Mail oder Fax mit Datum des Beginns des Ruhestandes/der Rente genügt.

Sendet dies bitte

per E-Mail an:
angelika.burckhardt@gdp-bw.de
oder

per Fax an: 0 70 42/8 79-1 02 07
oder per Post an: Gewerkschaft
der Polizei-Mitgliederverwaltung-
Maybachstr. 2, 71735 Eberdingen



FLÜCHTLINGE

Auswirkungen der Flüchtlingssituation in Deutschland auf die Polizei – Anforderungen an die Politik

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema „Flüchtlinge“ begleitet uns in unserer täglichen Arbeit. Bereits Ende Oktober hat der GdP-Bundesvorstand dazu ein interessantes Positionspapier erstellt, das wir Euch nicht vorenthalten wollen:

Ausgangslage

Die Situation in Krisen und Krisengebieten wird immer dramatischer. Insgesamt sind derzeit weltweit ca. 60 Millionen Menschen auf der Flucht, darunter viele Kinder. Die Menschen suchen Hilfe, Freiheit, Frieden und menschenwürdige Lebensumstände. Über die Medien und das Internet bekommen sie mit, dass sie dies voraussichtlich in Europa finden und machen sich auf den Weg. Unter oft lebensgefährlichen Umständen werden sie von Menschenhändlern für viel Geld nach Europa gebracht, viele sterben dabei.

Es ist der Zeitpunkt gekommen, einerseits eine – an den grundlegenden Menschenrechten orientierte Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik zu schaffen –, andererseits aber auch die damit involvierten Behörden und Institutionen in die Lage zu versetzen, diesem Zustrom gerecht zu werden, damit die Aufgaben kompetent und soweit wie möglich unbürokratisch bewältigt werden können.

Deutschland ist als eines der reichsten Länder der Welt aus humanitären und ethischen Gründen in der Verantwortung zu helfen. Dieses Jahr wurden in Deutschland bundesweit rund 400 000 Hilfesuchende erwartet, die Asyl beantragen. Mittlerweile hat sich die Zahl mehr als verdoppelt. Diese hohe Anzahl stellt die Menschen in den Gemeinden, die Politik, aber auch die Verwaltung und die Polizei vor große Herausforderungen.

Die GdP hat dazu ein Positionspapier erarbeitet, das sie der Öffentlichkeit vorstellen und mit der Politik sowie innerhalb der Polizei diskutieren will:

Flüchtlingspolitik

1. Deutschland ist ein Einwanderungsland und benötigt dringend ein-

schlägig gesetzliche Regelungen für die Zuwanderung, die dieser auch gerecht werden. Die Gewerkschaft der Polizei fordert die Bundesregierung auf, den Bürgerinnen und Bürgern Antworten auf ihre Fragen nach einer nachvollziehbaren, erklärbaren, wirklichen Flüchtlingspolitik zu geben.

Der Flüchtlingsstrom wird nicht in Kürze enden: Wie gestaltet sich die Flüchtlingspolitik in den nächsten Jahren?

2. In erster Linie geht es um die geflüchteten Menschen, um menschenwürdige Unterkünfte und gesundheitliche Versorgung. Hier müssen mehr Gebäude zur Verfügung gestellt werden und es besteht höherer Investitionsbedarf seitens der Länder und des Bundes, da diese Aufgabe von den Kommunen nicht alleine bewältigt werden kann. Es darf nicht sein, dass die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt wird, z. B. Schließen von Sporthallen oder Schwimmbädern usw. Dies führt zu Spannungen und sorgt für eine Stimmung gegen die hilfeschuchenden Menschen. Geplante Streichungen in den Budgets der Bundesministerien verschärfen diese Stimmung. Landes- und Bundesmittel zur Flüchtlingshilfe müssen erhöht werden.

3. Es handelt sich um eine bundesweite und gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der es um die Frage von Zuwanderung und guter und schneller Integration, aber auch um Verhinderung von illegaler Beschäftigung geht. Die Polizei ist damit konfrontiert, dass Migrantinnen und Migranten Opfer von kriminellen Banden sind, die das Leid und die Hilflosigkeit ausnutzen, z. B. Frauen zur Prostitution zwingen oder Schwarzarbeit in großem Stil betreiben.

Entlastung der Polizei und Verwaltungsbehörden

4. Die Durchführung des Asylverfahrens muss dringend beschleunigt werden. Dafür ist es notwendig, dass das Personal des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erhöht und direkt vor Ort eingesetzt wird. Dies

würde zu einer Entlastung der Polizei bei Bund und Ländern führen.

5. Die Polizei ist schon mit den derzeitigen Aufgaben stark belastet. Mit dieser neuen, zusätzlichen und wichtigen Aufgabe benötigt die Polizei dringend ausreichend Personal, um ihre Aufgaben im Bereich der Migration bewältigen zu können, insbesondere im Bereich der Kommunen mit Aufnahmestellen. Einmal mehr beweist sich, wie fatal sich die Sparpolitik der letzten zehn Jahre bei Bund und Ländern auswirkt. Dasselbe gilt auch für das Verwaltungspersonal z. B. in den Landesaufnahmestellen, den Gesundheitsämtern und den Jugendämtern.

6. Keine Behörde oder Institution darf bei der Bewältigung dieser Herausforderung alleingelassen werden. Das gilt auch für die Polizei. Insbesondere darf es nicht dazu führen, dass andere – originäre – Aufgaben dadurch zulasten der Bürgerinnen und Bürger vernachlässigt werden müssen.

Unter dem steigenden Migrationsdruck wurden die Schwächen der deutschen Behörden und die Fehler der Vergangenheit deutlich. Die beteiligten Behörden arbeiten teilweise aneinander vorbei – mit gravierenden Folgen für die innere Sicherheit.

7. Insofern erteilt die Gewerkschaft der Polizei auch Billiglösungen eine eindeutige Absage: kein Einsatz von Wachpolizei, keine unzureichend qualifizierte private Sicherheit oder schlecht eingruppiertes Tarifpersonal.

8. Der Austausch von Daten zwischen den Aufnahmestellen und der Polizei muss dringend den aktuellen Erfordernissen entsprechen, auch um Personen feste Identitäten zuordnen zu können. Ebenso ist es wichtig, moderne und ausreichende Technik zur Verfügung zu stellen.

9. Die in den Aufnahmestellen eingesetzten Polizeibeamten/-innen benötigen psychosoziale Betreuung, Gesundheitsvorsorge und ständige ärztliche Begleitung sowie Dokumentation des Einsatzes.

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

10. Die Einrichtung einer Dolmetscher-Zentrale in Art eines Callcenters (ähnlich wie in den Niederlanden) ist notwendig. Sie würde viele Sprachprobleme sehr schnell beseitigen können.

11. Ein ständiger Austausch zwischen ortsansässiger Bevölkerung, der Verwaltung und der Polizei muss Standard sein. „Bürgerstunden“ zu der Thematik haben bereits positive Wirkungen gezeigt.

Forderungen an den Gesetzgeber

12. Gespräche mit der Justiz müssen umgehend geführt werden, u. a. um eine Einheitlichkeit bei der Delikttaufnahme der Privilegierungstatbestände im Ausländer- und Asylverfahrensrecht zu gewährleisten. Ausgenommen werden dabei aber auch nicht die Folgen bei Straftaten durch Asylsuchende.

Ein aktuelles Beispiel, wo Veränderungen notwendig, richtig und hilfreich wären, sind die unterschiedlichen Verfahrensabläufe bei unerlaubter Einreise/Aufenthalt nach §§ 14, 95 Aufenthaltsgesetz (AufenthG). Hier ist – auch zum Bürokratieabbau – dringend erforderlich, die in den Bundesländern unterschiedlichen Verfahrensabläufe zusammenzuführen und zu vereinheitlichen. Hier bedarf es dringend einer bundeseinheitlichen Regelung. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) stellt unter diesen Umständen auch die Sinnhaftigkeit des Straftatbestandes „unerlaubte Einreise“ und des „unerlaubten Aufenthaltes“ (§ 95 AufenthG) in Frage. Im Schengen- und Nachbarstaat Österreich ist die unerlaubte Einreise und der unerlaubte Aufenthalt lediglich eine „Verwaltungsübertretung“ (Ordnungswidrigkeit; vgl. § 120 Fremdenpolizeigesetz [FPG] Österreich). Die in Deutschland wegen des Straftatbestandes „unerlaubte Einreise“ eingeleiteten Strafverfahren hingegen werden nahezu zu 100 Prozent von den Staatsanwaltschaften (mit Zustimmung der Gerichte) wegen geringer Schuld der Täter und fehlendem öffentlichen Interesse an der Verfolgung (§ 153 StPO) eingestellt.

Es stellt sich daher die Frage, ob der mit der bisherigen Strafbarkeit verbundene Ermittlungs- und Verwaltungsaufwand der Polizei der Länder und des Bundes sowie der Staatsanwaltschaften bei einer Straftat, die so gut wie nie geahndet wird, aber hundert-

tausendfach als Massendelikt auftritt, überhaupt noch vertretbar und vor allem notwendig ist.

Aus Sicht der GdP genügt es ordnungs- und rechtspolitisch, die unerlaubte Einreise und den unerlaubten Aufenthalt als Massendelikt auch in Deutschland zu einer Ordnungswidrigkeit umzuwidmen.

Besonders auffällige, gewaltbereite Intensivtäter im Bereich der sog. „unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge“ stellen die Behörden vor besondere Herausforderungen. Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialbehörden, Bürgerinnen und Bürger, aber auch andere Flüchtlinge in Bezug auf diese spezielle Gruppe sehen sich zum Teil mit extremer Gewalt konfrontiert.

Separate Unterbringungen, eine schnelle und konsequente Strafverfolgung, eine zügige Identitätsüberprüfung, Altersfeststellung sowie Aufenthalts- und Durchquerungsverbote könnten ein Konzept zum Umgang mit diesen besonders auffälligen Jugendlichen sein.

13. Die Absicht, die Bearbeitung von Asylanträgen bei der Einreise über den Landweg grundsätzlich durch Grenzbeamtinnen und -beamte erledigen zu lassen, hält die Gewerkschaft der Polizei für falsch. Die Polizei hat bereits die Aufgabe der Kontrolle der Einreise, der Erstregistrierung und später der Rückführung. Aus diesem Grund sollte das geplante Schnellanhörungsverfahren an der deutschen Grenze durch entsprechend qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration rechtsstaatlich umgesetzt werden. Um den Druck von der deutschen Grenze zu nehmen, ist die Registrierung bereits in den Herkunftsländern wichtig. Hierbei handelt es sich um eine zentrale Maßnahme, die dazu beitragen kann, das „Geschäftsmodell“ der Menschenhändler zu konterkarieren. Auch das Vorhaben, pensionierte Beamtinnen und Beamte für diese Tätigkeiten zurückzuholen, ist ein weiterer Beweis für die falsche Personalpolitik der letzten beiden Jahrzehnte. Die nun in Teilen beabsichtigten Mehreinstellungen sind richtig, können ihre volle Wirkung aber erst in einigen Jahren entfalten.

14. Das Studium, die Ausbildung sowie die Fortbildung der Polizei in den Ländern und bei der Bundespolizei müssen den geänderten Bedingungen angepasst werden.

15. Die Interessenvertretungen der Polizeien der Länder und beim Bund sind bei den Maßnahmen entsprechend zu beteiligen.

Die Gewerkschaft der Polizei appelliert an die Politik, die beschriebenen Positionen und Anforderungen zu berücksichtigen und schnellstmöglich umzusetzen. Es geht der GdP um eine gute Willkommenskultur, schnelle Integration, aber auch um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der in diesem Bereich eingesetzten Verwaltungs- und Polizeikräfte.

GdP ERFOLG

Die Kennzeichnungspflicht ist vom Tisch

Ein Kommentar
von Wolfgang Kircher

Ende November war in den Medien zu lesen, dass die Regierungskoalition aus Grün/Rot die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in geschlossenen Einsätzen in dieser Legislaturperiode wohl nicht mehr einführen wird. Stattdessen solle das Land noch vor den Landtagswahlen einen sogenannten Bürger- und Polizeibeauftragten bekommen.

Damit ist die die zum Schluss nur noch von den Grünen verfolgte Kennzeichnungspflicht wohl bis zu den nächsten Landtagswahlen vom Tisch. Wir bedanken uns bei allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern in dieser großen Koalition der Kennzeichnungsgegner, stellvertretend für alle auch bei Innenminister Reinhold Gall, der wiederholt zu erkennen gab, dass dieses Projekt für ihn keine Herzensangelegenheit sei. In dieser Sache hatten wir auch alle Polizeipräsidenten angeschrieben und um Unterstützung gebeten. Leider haben wir nur wenige, nichtsagende Rückantworten bekommen und schade ist, dass sich nur ein Präsident eindeutig auf unsere Seite gestellt hat.



POLIZISTEN BERICHTEN

Der Hass, woher kommt der? Keine Ahnung, der ist einfach da.

Nachfolgenden Artikel haben wir im rheinneckarbloc gefunden. Den wollen wir Euch nicht vorenthalten. Wir danken der freundlichen Genehmigung des Verfassers Hardy Prothmann, rheinneckarblog.

beaufsichtigen. Warum Sie etwas tun, worauf Sie keinen Bock haben, was Sie aber tun müssen, damit die Regeln eingehalten werden.

Stellen Sie sich vor, Sie seien ein Polizist. Einer, dem qua Verfassung

vor, dass Sie einen Eid auf die Bundesrepublik Deutschland geschworen haben. Stellen Sie sich vor, dass Sie bei mäßiger (aber sicherer) Bezahlung, Ihre körperliche Unversehrtheit riskieren, weil Sie im Einsatz für den Staat sind und irgendein hormongesteuerter Jugendlicher meint, mal eben Art. 2 Grundgesetz ignorieren zu müssen, um den Scheiß-Bullen zu verletzen.

Vollständig unabhängig von Ihrer politischen Überzeugung. Stellen Sie sich vor, dass Sie für Ordnung sorgen müssen und Sie aggressiven Menschen gegenüberstehen, die bereit sind, Sie selbst zu verletzen, nur weil Sie für Ordnung sorgen müssen.

Stellen Sie sich vor, Sie seien Polizist. Wenn Ihnen diese „Vorstellung“ gelingt, haben Sie eine ungefähre Ahnung davon, was Polizisten in diesem Land leisten müssen. Sie haben dann noch überhaupt keine Ahnung davon, was diese Polizisten tatsächlich mehr leisten müssen. Stellen Sie sich vor, welche „Bürokratie“ jeder Einsatz erfordert. Und Sie haben noch keine Vorstellung davon, dass „die“, mit denen Sie häufiger zu tun haben, möglicherweise bessere Rechtsanwälte haben, als Sie und Ihr Arbeitgeber sich leisten können.

Es ist kein „blöder Scherz“, sondern eine „Kampfansage“.

Stellen Sie sich vor, dass Sie in einen Einsatz geschickt werden, bei dem von vorneherein klar ist, wer die „Arschkarte“ hat. Stellen Sie sich vor, dass Sie öffentlich in erheblichem Maß als „Gewalttäter“ dargestellt werden – auch, wenn Sie gar nicht im Einsatz waren.

Und wenn Sie im Einsatz waren: Stellen Sie sich vor, wie es danach ist. Sie, der Sie „Faschisten beschützt“ haben, stundenlang geschert haben, beschimpft worden sind, in den Einsatz mussten, durchgreifen mussten. Stellen Sie sich vor, wie Sie nach all diesem Hass, der Konfrontation mit Ihrer Frau, Ihrem Mann und Ihren Kindern „heile Welt“ erleben.

Stellen Sie sich das vor, was Polizisten aushalten müssen.

Fortsetzung auf Seite 6



Dienstgebäude des Einsatzzuges des PP Mannheim

Foto: Thomas Mohr

Rhein-Neckar, 23. November 2015. (red) Die Polizei, genauer, Polizeibeamte sind im Fokus der Kritik nach dem Bundesparteitag der NPD in Weinheim. Ihnen wird „Polizeigewalt“ vorgeworfen. „Unverhältnismäßigkeit“. Die Stimmen der Kritik kommen von antifaschistischer Seite, aber auch aus den Reihen der SPD, der Jusos, der Grünen und Die Linke. Was für ein „falscher Film“ läuft hier eigentlich und wer will wen verarschen?

Stellen Sie sich vor ...

Stellen Sie sich mal vor, ein Nachbar bittet Sie, etwas zu beaufsichtigen. Dann kommt jemand, spuckt Ihnen vor die Füße, heißt Sie ein Arschloch und noch andere Dinge und geht Sie dann an. Was würden Sie tun? Mal eine Runde Verständnis verteilen? Einen Blumenkranz binden?

Stellen Sie sich vor, dass die Regeln klar bekannt sind, warum Sie etwas

die Ausübung staatlicher „Gewalt“ übertragen worden ist. Und stellen Sie sich vor, dass Sie diese ausüben. Sie sagen an, was geht und was nicht geht. Und Sie wissen, dass Sie verantwortlich sind.

Stellen Sie sich vor, dass Sie mit Menschen zu tun haben werden, die den Staat ablehnen. Und zwar mit Gewalt. Die nichts von dem teilen, an das Sie glauben. Die das aber tun, weil der Staat, den diese Menschen ablehnen, diesen Menschen in gewissen Rahmen das erlaubt, woran Sie glauben.

Und dann stellen Sie sich vor, dass jemand vermurmt vor Ihnen steht und „Scheiß-Bulle“ und andere Despektierlichkeiten äußert. Stellen Sie sich vor, dass jemand mit Steinen auf Sie wirft und einkalkuliert, dass Sie verletzt werden. Nicht durch einen blauen Fleck, sondern schwer.

Scheiß-Bullen und der Eid

Stellen Sie sich vor, dass Sie nur ein „Scheiß-Bulle“ sind. Stellen Sie sich



POLIZISTEN BERICHTEN

Fortsetzung von Seite 5

Scheiß-Überzeugung?

Stellen Sie sich vor, dass Sie, obwohl Sie für sich absolut überzeugt vom Rechtsstaat sind und diesen mit Ihrem Einsatz, körperlich wie geistig, verteidigen wollen, von sehr vielen Menschen gehasst werden.

Stellen Sie sich vor, jemand fragt Sie: „Woher kommt der Hass?“ Und Sie sagen ehrlich: „Keine Ahnung, der ist einfach da.“

Dann wissen Sie vermutlich, wovon Sie reden. Vermutlich sind Sie Polizist.

Stellen Sie sich vor, dass Sie gut damit zurechtkommen, weil Sie viele Erklärungen haben – Jugend, die suchen noch Orientierung oder Ähnliches.

Das müssen Sie sich nicht vorstellen als Polizist. Das ist so.

Stellen Sie sich vor, dass Sie und Ihr Einsatz für den Rechtsstaat systematisch und institutionell missachtet werden und Sie persönlich als einer von vielen in immer härteren Auseinandersetzungen „Ihre Haut“ riskieren. Dann ist das ein treffliche Beschreibung der Situation.

Danke – an alle

Ich bedanke mich bei sehr vielen Polizeibeamten, die den Kontakt gesucht haben und Ihre „Befindlichkeiten“ vertrauensvoll geäußert haben.

Kein Beamter hat die NPD gerne „beschützt“, aber alle haben Art. 8 GG verteidigt. Meinen Respekt dafür. Kein Beamter hat einen Faschisten beschützt, sondern alle Beamten das Grundgesetz. Und auch Artikel 5 GG wurde hervorragend geschützt.

Ich war als Reporter schon auf vielen Demos – im In- und Ausland. Ich war in Krisengebieten. Im Ausnahmezustand.

Und es ist für mich unvorstellbar, dass ein „schwarzer Block“ durch Kairo oder Damaskus marschiert, Polizisten provoziert und hinterher über soziale Netzwerke jammert, wie „schlimm“ die selbst provozierte „Polizeiengewalt“ war. Dort hätte der „schwarze Block“ eine Gewalt erlebt, von der diese jugendlichen Verwirrten keine Ahnung haben. Dort wären viele hinterher tot gewesen. Dort hätte es keine geordneten Verfahren gegeben.

Wo bleibt die Bestätigung?

Ich stelle mir vor, dass die Polizei für die Verteidigung von Grundrechten gelobt und verteidigt wird. Ich stelle mir vor, dass die Landtagsabgeordneten Gerhard Kleinböck (SPD), Hans-Ulrich Sckerl (Grüne) und Georg Wacker (CDU) die Polizisten für ihren selbstlosen Einsatz loben und wertschätzen.

Ebenso erwarte ich Wertschätzung durch die Stadt und ihre Vertreter, insbesondere Oberbürgermeister Heiner Bernhard (SPD) und Dr. Torsten Fetzner, Erster Bürgermeister.

Stellen Sie sich vor, dieser Respekt und diese Wertschätzung würde den Polizeibeamten nicht entgegengebracht. Wofür sollten die sich in Zukunft einsetzen?

Und ich erwarte von Jusos und anderen Jungorganisationen ebenso ein kritisches, aber respektvolles und verantwortliches Verhalten.

Stellen Sie sich einen „Juso“ vor, der einem ihm unbekanntem Polizeibeamten „aus Prinzip“ sagt – alle Polizisten sind Bastarde.

Stellen Sie sich das vor. Als Polizist. Als Provokateur. Als Bürger. Als Mensch.

Polizisten sind Menschen – wer weiß das schon?

Stellen Sie sich mal vor, dass Polizisten „Staatsdiener“ sind, die handeln müssen. Und weiter stellen Sie sich vor, dass Polizisten auch Menschen sind. Privat und mit Gefühlen.

Stellen Sie sich vor, dass wir mit vielen Polizisten reden. Und stellen Sie sich vor, dass die allermeisten für ihre Aufgabe glühen. Aber stellen Sie sich auch vor, dass viele große Sorgen haben, weil sie nicht wissen, wie sie „das alles schaffen“ sollen.

Und dann stellen Sie sich vor, wie Leute vor Ihnen stehen, die „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“ gröheln. Dumm. Ahnungslos. Provokant. Gewaltbereit.

Stellen Sie sich vor, dass Sie gerade in der Nacht zuvor in einer Flüchtlingsunterkunft Streit geschlichtet haben. Danach ein Verkehrsunfall. Dann eine Schlägerei von Besoffenen. Dann ein Familiendrama, Kinder in Angst. Und dann eine Dienstaufsichtsbeschwerde auf dem Tisch, weil Sie jemanden nicht in eine Straße gelassen haben.

Stellen Sie sich all das vor. Und dann überlegen Sie sich, was für Leute das sind, die gerne Polizisten sind.

Und dann stellen Sie sich vor, wie Sie darauf reagieren würden, wenn Ihnen jemand so die Hauswand der Arbeitsstätte vollmüllt. Sie zum Nazi macht. Sie vorsätzlich verunglimpft, weil Sie an den Rechtsstaat glauben und ihn verteidigen.

Stellen Sie sich vor, Sie seien Polizist. Von Ihnen wird erwartet, dass Sie das „wegstecken“.

Das tun Sie – selbstverständlich. Und stellen Sie sich vor, dass immer weniger vor Ihrer Haltung Respekt haben.

Dann wissen Sie, was es heißt, Polizist zu sein.

Wir haben Respekt. Und wir gehen davon aus, dass auch die meisten unserer Leser/-innen froh sind, dass es diese aufrechten Menschen gibt, deren Job es ist, Polizist zu sein.

Quelle: **Hardy Prothmann (Chefredakteur) www.rheinneckarblog.de**

PERSONALMITTEILUNGEN

ZUR BEFÖRDERUNG ZUM/ZUR:

Polizeihauptkommissar

PTLS: Henning Gärtner.

Polizeioberkommissar

PTLS: Fabian Reck.

PP Tuttlingen:

Stefan Heinzelmann.

Polizeihauptmeister mit Zulage

PP Karlsruhe: Stefan Hildenbrand.

Es traten in den Ruhestand:

PP Karlsruhe: Alfons Gaßner.

PP Stuttgart: Walter Benz.

**zusammengestellt von
Angelika Burckhardt**



POLITISCHE GESPRÄCHE

DGB-Spitzengespräch mit dem Ministerpräsidenten



V. l. n. r.: Klaus-Peter Murawki, Leiter der Staatskanzlei; Leni Breymaler, ver.di; Gabriele Frenzer-Wolf, stellv. Vors. DGB BW; Ministerpräsident Winfried Kretschmann; Nikolaus Landgraf, Vors. DGB BW; Doro Moritz, GEW; Roman Zitzelsberger, IGM; Catharina Clay, IG BCE BW; Uwe Hildebrandt, NGG Südwest und Wolfgang Kircher, GdP

Anfang November trafen sich die Vorsitzenden oder Vertreter der DGB-Einzelgewerkschaften zum Gespräch mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann im Staatsministerium. Die GdP wurde durch den stellvertretenden Landesvorsitzenden Wolfgang Kircher vertreten.

In dem Gespräch ging es unter anderem um die Flüchtlingspolitik und die damit verbundene gesellschaftliche Herausforderung, die viele Organisationen und Institutionen an ihre Grenzen führt. Es ging um Eingliederung in die Arbeit und Ausbildung und die sicherheitspolitischen Aspekte. Dem Missbrauch des Flüchtlingsthemas von Personen, Gruppierungen und Organisationen zu rechtspopulistischen Zwecken erteilten alle Anwesenden eine Absage.

Weitere Themen waren das Chancengleichheitsgesetz und die Qualität der Arbeit, u. a. um befristete Beschäftigung und den Mindestlohn.

GdP beim beamtenpolitischen Gespräch des DGB mit der CDU-Fraktion vertreten

Bei dem vom DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften geführten Gespräch mit der CDU-Fraktion war der stellvertretende Landesvorsitzende Hans-Jürgen Kirstein für die GdP als Vertreter beteiligt. Insbesondere mit Blick auf die kommende Landtagswahl im März 2016 ist es wichtig, Positionen der Parteien einzuholen.

Insgesamt fand der Meinungsaustausch in einer offenen Atmosphäre statt, bei dem der DGB Themen wie sozialer Wohnungsbau, eine Personalbedarfsplanung, die Erfordernis eines Wissensmanagements, sowie die Notwendigkeit der Interkulturalität im öffentlichen Dienst und insbesondere in den Verwaltungen einbringen konnte.

Hierbei wurde festgestellt, dass dies innerhalb der Polizei bisher schon sehr gut umgesetzt wurde. Weiter betonte der DGB das Ärgernis von sachgrundlosen Befristungen und der Wiederbesetzungssperre. Zu Letzterem hat die CDU, laut Herrn Blenke, einen Antrag zur Aussetzung für die Polizei eingebracht, was ich sehr begrüßt habe.

Nein zur Zweigeteilten Laufbahn

Zur Übernahme von Tarifergebnissen hat sich die CDU-Fraktion für eine zeit- und inhaltsgleiche Umsetzung ausgesprochen. Bei diesem Themenkomplex hielt ich es für angebracht die Position zur Zweigeteilten Laufbahn und dem Freiwilligen Polizeidienst abzufragen. Die Position war relativ eindeutig. Aus meiner Bewertung heraus möchte die CDU-Fraktion keine Zweigeteilte Laufbahn für die Polizei. Laut Blenke gibt es hierzu auch andere Positionen aus anderen Gewerkschaftskreisen. Hier sei mir die Anmerkung gestattet, dass diese anderen Gewerkschaften somit den Polizeiberuf abwerten und unseren Kolleginnen und Kollegen entgegen jedem Gutachten nicht dem gehobenen Dienst ansiedeln. Hätte unserer Mitbewerber nicht vor vielen Jah-

ren die Kooperation zur Zweigeteilten Laufbahn aufgekündigt, wäre diese sicherlich schon längst umgesetzt.

Insbesondere mit Blick auf die anstehende Dienstpostenbewertung sollte der neu gewählte Landesvorsitzende der Mitbewerber diese Position zum Wohle der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten überdenken.

Verstärkung und Aktivierung des Freiwilligen Polizeidienstes

Ebenso verhält es sich mit dem Freiwilligen Polizeidienst. Die CDU-Fraktion brachte deutlich zum Ausdruck,

Fortsetzung auf Seite 8



V. l. n. r.: Michael Futterer, GEW; Guido Wolf, MdL; Gabriele Frenzer-Wolf, DGB; Thomas Blenke, MdL; Markus Kling, ver.di. Hans-Jürgen Kirstein, GdP
Foto: DGB



Fortsetzung von Seite 7

dass sie diese Institution wieder verstärken will. Das ist ebenfalls eine Abwertung unseres Berufsbildes. Kein Metzger würde einen „freiwilligen Metzger“ einstellen, der vielleicht Schuhverkäufer gelernt hat, aber gerne schlachten möchte. Darum gibt es eine qualifizierte Ausbildung und so auch in der Polizei. Insbesondere in diesen bewegten Zeiten, in den gerade Aufzüge und Menschenansammlungen ein Gefährdungspotenzial darstellt, darf kein „Hobbypolizist“ die Aufgabe von professionell ausgebildeten Polizis-

tinnen und Polizisten als Ersatz oder Ergänzung eingesetzt werden.

Auf meine Frage, wie die EU-Arbeitszeit-RiLi mit der 11-Stunden-Regelung vor Dienstbeginn und nach Dienstende umgegangen wird, habe ich leider keine Antwort erhalten.

Herr Blenke erwähnte, dass die CDU einen Antrag zu einem Stellenpool für Verlängerer der Lebensarbeitszeit eingebracht hat, damit Beförderungsstellen nicht durch diese Verlängerung zulasten der Beförderungszeitabläufe gehen. Diesen Antrag habe ich als Vertreter der GdP ausdrücklich begrüßt. **H.-J. K.**

Und was sonst noch so war

Unter dieser Überschrift berichten wir über unsere tägliche Arbeit, Aktionen und Termine, die es nicht in die „Schlagzeilen“ der Digital oder der Deutschen Polizei geschafft haben, aber trotzdem erwähnenswert sind.

11. und 12. November: GdP-Bundesvorstandssitzung in Potsdam, an der Rüdiger Seidenspinner, Dagmar Hölzl und Wolfgang Kircher teilgenommen haben.

16. bis 18. November: EUROPOL Kongress in Dublin, Rüdiger Seidenspinner war dabei.

17. November: Sitzung des DGB-Landesbezirksvorstand und Gespräch mit Kultusminister Andreas Stoch, die GdP wurde durch den stellv. Landesvorsitzenden Wolfgang Kircher vertreten.

17. November: Im DGB-Beamtenkoordinierungskreis wurde der Versorgungsbericht 2015 vorgestellt, die beiden stellv. Vorsitzenden Hans-Jürgen Kirstein und Wolfgang Kircher haben teilgenommen.

24. und 25. November: Tagung der Landesredakteure der Deutschen Polizei in Geldern. Thomas Mohr und Wolfgang Kircher waren dort.

24. bis 26. November: Der stellv. Vorsitzende Hans-Jürgen Kirstein hat an der Sitzung des Bundesfachausschuss Beamten- und Besoldungsrecht und dem anschließend Schöneberger Forum und der Überreichung des Personalrätepreises teilgenommen.

26. November: Der GdP-Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner hat in „Zur Sache Baden-Württemberg“ im SRW-Fernsehen zur aktuellen Situation der Polizei Stellung bezogen.

30. November bis 2. Dezember: Klausursitzung des geschäftsführenden Landesvorstand in Bühl.

2. Dezember: Weihnachtsfeier der GdP-Bezirksgruppe Stuttgart im Casino des PP Stuttgart, der stellv. LV Wolfgang Kircher war dort.

SCHULUNGS- UND BILDUNGSARBEIT

Personalrätegrundschulung in Löwenstein

Vom 2. bis zum 6. November fand eine weitere Personalrätegrundschulung in Löwenstein statt. Die beiden Verantwortlichen, Wolfgang Kircher (zuständig für Bildungsarbeit und das LPVG) und Hans-Jürgen Kirstein (Beamten- und Besoldungsrecht) hatten auch dieses Mal wieder ein anspruchsvolles Wochenprogramm für die neu gewählten Personalräte und Ersatzmitglieder zusammengestellt.

- Themen waren u. a.
- die Rechtsstellung von Personalratsmitgliedern,
 - die Geschäftsführung des Personalrates,
 - die Aufgaben des Vorstandes,
 - wie läuft eine Personalversammlung ab,



- was versteht man unter Zusammenarbeit zwischen Dienststelle und Personalvertretung,
- was bedeutet „vertrauensvolle Zusammenarbeit“,
- die Verschwiegenheitspflicht,
- der Datenschutz,
- die Mitwirkung,
- die Mitbestimmung,
- das Initiativrecht.

Die stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Christina Falk erklärte die Grundzüge aus dem Tarifrecht und musste im Anschluss zahlreiche Fragen beantworten und der Hauptschwerbehindertenvertreter Dr. Michael Karpf machte deutlich, welche Rechte schwerbehinderte Menschen haben.

Zum Ende des Seminars wurde dann das Erlernte in einem Rollenspiel umgesetzt.

Dieses Mal wurde die Zusammensetzung des Personalrates spielerisch ausgewählt. Und wie das Leben so spielt, haben die „Fraktionen“ sehr schnell zusammengefunden. Im Vergleich zu den anderen Seminaren wurden in der konstituierenden Sitzung die unterschiedlichen Mehrheiten durchgespielt und auch der Minderheitenschutz sollte berücksichtigt werden. Am Schluss schafften es die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aber doch, einen Personalrat nach dem LPVG zu konstituieren. Die anschließende Aufgabe bestand darin, in einer Arbeitsschutzbegehung (die auch tatsächlich stattgefunden hat) Mängel zu finden und anschließend zu beseitigen. Eine anspruchsvolle Aufgabe, in der die verschiedenen Möglichkeiten des Personalrats diskutiert wurden.

Neben den Personalratsthemen wurden aber auch aktuelle Probleme angesprochen. Ein ständiges Thema war die Arbeitszeit und das ZZW. An allen Ecken und in allen Bereichen fehlt es an Personal. Dies werde durch die zusätzlichen Aufgaben durch die Flüchtlingsproblematik erst richtig deutlich.

